

Position der DPSG zum Klimawandel

1. Wir sehen den Klimawandel als Problem globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit.
2. Wir fordern, dass alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte dem Klimawandel und seinen Ursachen entgegenwirken.
3. Wir handeln in unserem täglichen Leben und in unserer Verbandsarbeit, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

1. Wir sehen den Klimawandel als Problem globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit.

Der globale Klimawandel ist kein zukünftiges Ereignis, sondern ein gegenwärtiges Ereignis. Der herrschenden Auffassung der einschlägigen Wissenschaften folgend wird festgestellt, dass die Klimaveränderungen zu einem wesentlichen Teil menschlich verursacht sind. Der globale Klimawandel ist eine Bedrohung menschenwürdiger Existenz und der natürlichen Ökosysteme. Damit stellt er eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und eine ernste Herausforderung für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Ethik dar. Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind deshalb unaufschiebbare Aufgaben.

Die Ursache

Es ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass menschliche Tätigkeiten zu einer wesentlichen Erhöhung der Konzentrationen von Treibhausgasen [THG] in der Atmosphäre geführt haben, dass diese Erhöhung den natürlichen Treibhauseffekt verstärkt und dass dies zu einer zusätzlichen Erwärmung der Erdoberfläche und der Atmosphäre führen wird und sich auf die natürlichen Ökosysteme und die Menschen nachteilig auswirkt.

Im Zuge der Industrialisierung kam es zu einem rasanten Anstieg der Emissionen klimaschädlicher Gase, vor allem von Kohlendioxid, aber auch von Methan, Lachgas und FCKW, und zu einer drastischen Erhöhung ihrer Konzentration in der Atmosphäre. Nach dem Dritten Wissensstandsbericht (Third Assessment Report, TAR) des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderung) von 2001 kann es dadurch bis zum Ende des Jahrhunderts zu einem Anstieg der mittleren globalen bodennahen Temperatur um bis zu 5,8°C kommen. Doch schon ein Anstieg um plus 2° C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter wird von den meisten Klimaforschern als gefährlich angesehen. Da die globale Mitteltemperatur seit 1861, dem Beginn kontinuierlicher Temperaturaufzeichnungen, bereits um 0,6° C angestiegen ist, bleiben nur noch 1,4° C bis zum Überschreiten dieser Grenze.

Die Folgen

Es drohen verheerende Folgen für Mensch und Umwelt, die zum Teil schon jetzt messbar sind: Der arktische Eisschild und die Gebirgsgletscher schrumpfen, die Permafrostgebiete tauen immer weiter auf, was den Klimawandel noch zusätzlich verstärkt. Der globale mittlere Meeresspiegel wird bis zum Ende des Jahrhunderts um bis zu 0,88 Meter ansteigen, verursacht vor allem durch die thermische Ausdehnung der Ozeane, aber auch durch das Abschmelzen von Festlandeis. Überschwemmungen und extreme Wetterereignisse, wie Starkniederschläge, Hitze, Dürre und Wirbelstürme werden häufiger und gravierender in ihren Auswirkungen. Das Artensterben nimmt zu, wenn Lebensräume mit bestimmten Klimateigenschaften von der Erde verschwinden, die nächste noch akzeptable Umwelt unerreichbar weit entfernt ist oder einwandernde Arten den angestammten die Lebensgrundlagen entziehen. Krankheiten wie Malaria und Cholera breiten sich aus. Dadurch sowie durch Hitzestress und Überflutungen forderte der Klimawandel nach WHO-Angaben allein im Jahr 2000 über 150.000 Todesopfer. Hinzu kommen Hunger und Mangelernährung infolge von Ernteverlusten. Soziale Konflikte um Ressourcen, insbesondere um Trinkwasser nehmen zu. Bereits heute leben 500 Millionen Menschen in Ländern mit Trinkwasserknappheit; im Jahre 2025 könnten es drei Milliarden sein. Die Zahl der Menschen, die vor Dürre, Hunger oder Überschwemmung fliehen müssen, wird steigen. Und die ökonomischen Schäden extremer Wetterereignisse werden bis zum Jahr 2050 schätzungsweise auf über 600 Milliarden Euro jährlich anwachsen.

QUELLENANGABEN

Ungleiche Lasten des Klimawandels

Die Lasten des Klimawandels sind sehr ungleich verteilt. Je ärmer und schwächer die Menschen, Regionen oder Länder sind, desto geringer sind ihre Möglichkeiten, den Folgen des Klimawandels auszuweichen, sich anzupassen, zu schützen, zu versichern oder entstandene reversible Schäden zu beheben. Im Vergleich zu den reichen Industrienationen sind die Länder des „Südens“, aber auch die Arktis erheblich stärker betroffen, obwohl ihr Pro-Kopf-Beitrag im Blick auf die Ursachen des Klimawandels (bislang) eher zu vernachlässigen ist (für 90 % des Anstiegs der weltweiten CO₂-Emissionen seit 1960 sind die Industrie- und Schwellenländer verantwortlich). Ähnliches gilt für die ärmeren Bevölkerungsgruppen, die alten und kranken Menschen sowie die Kinder in den wohlhabenden Ländern.

Klimaschutz ist Menschenschutz

Aufgrund dieser großen Ungleichheit zwischen Verursachern und Leidtragenden ist die menschengemachte Klimaänderung also ein grundlegendes Problem der weltweiten Gerechtigkeit. Weiter: Unser heutiger Mangel an Klimaschutz wird vor allem in der Zukunft nachteilige Wirkungen entfalten. Dadurch wird die Gerechtigkeit zwischen den Generationen in Frage gestellt. So werden grundlegende Menschenrechte der jetzt lebenden und kommenden Generationen verletzt oder bedroht: das Recht auf Leben, das Recht auf physische und psychische Unversehrtheit sowie auf Gesundheit, das Recht auf Nahrung, auf soziale Sicherheit und Eigentum sowie das Recht auf eine intakte Umwelt. Und schließlich beeinträchtigt der Klimawandel die Lebensräume von Fauna und Flora und verstößt damit gegen die Umweltgerechtigkeit.

2. Wir fordern, dass alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte dem Klimawandel und seinen Ursachen entgegenwirken.

Im Sinne der globalen, intergenerationellen und ökologischen Gerechtigkeit müssen die Akteure ihr Handeln an folgenden Grundsätzen orientieren: Das Verursacherprinzip gebietet, rückwirkend die Lasten für verursachte Schäden zu übernehmen sowie vorausschauend alle absehbaren Kosten für Mensch und Umwelt in die Preise einzubeziehen. Das Vorsorgeprinzip zielt auf die Minderung von Risiken und die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, auch mit Blick auf die nachrückenden Generationen. Außerdem muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben (Nr. 44).

Kyoto reicht nicht aus

Das „Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“, das am 16. Februar 2005 in Kraft treten konnte, hat die vereinbarte Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes bislang nicht erreichen können. Tatsächlich stiegen die Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer im Zeitraum 1990 bis 2003 sogar um 12,4 Prozent. Projektionen für die nächsten Jahre deuten auf einen weiteren Anstieg hin. Kyoto ist also nur ein erster Schritt. Nach Einschätzung von Klimaforschern müssen die CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts mindestens um 60, besser noch um 80 Prozent reduziert werden. Dies gilt als technisch möglich und volkswirtschaftlich tragfähig. Weitere Verhandlungen mit dem Ziel deutlich substanziellerer Reduktionen und der Einbeziehung aller relevanten Staaten, vor allem der USA und Chinas, aber auch der Schwellenländer, müssen also folgen, um eine gefährliche Veränderung des Klimas wirksam zu verhindern.

Es muss eine integrierte und globale Klimapolitik stattfinden

Gemäß den skizzierten ethischen Maßstäben müssen die Industrie-, Transformations- und Schwellenländer sowie die Reichen in den Entwicklungsländern ihrer eigenen Entwicklung auf der Basis fossiler Energieträger Grenzen setzen und die Hauptlast der weltweit notwendigen Maßnahmen übernehmen. Notwendig sind sowohl Strategien zur Minderung der Treibhausgas-Konzentrationen als auch Strategien zur Anpassung, um die negativen Folgen des Klimawandels für Menschen, Tiere und Pflanzen abzuschwächen. Minderung und Anpassung stehen dabei für zwei sich ergänzende, nicht für zwei alternative Maßnahmenbündel (Nr. 52). Selbst im Falle einer äußerst erfolgreichen Minderungspolitik ist eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels unumgänglich. Auf Minderung zu verzichten und ausschließlich auf Anpassungsanstrengungen zu setzen, wäre ungerecht, da ein solches Vorgehen die Hauptverursacher von ihrer Verantwortung zur Reduzierung ihrer Treibhausgas-Emissionen entbinden, erhebliche Risiken und irreversible Schäden in Kauf nehmen und die finanziellen Möglichkeiten vieler ärmerer Länder und Menschen bei weitem übersteigen würde.

Maßnahmen für die Zukunft

Energie sparen, die Steigerung der Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind notwendig für die Zukunft. Sie brauchen eine stärkere Förderung. Im Zuge einer umfassenden ökologischen

Steuer und Finanzreform müsste der Treibhausgas-Ausstoß stärker besteuert werden. Daneben sollten der Handel mit „Verschmutzungslicenzen“ (Zertifikaten), die Gemeinschaftsprojekte (Joint Implementation) und Mechanismen für umweltgerechte Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) ausgebaut werden. Die Kohlenstoffabscheidung (Capturing) und -deponierung (Sequestrierung) sind hingegen allenfalls Übergangslösungen. Auf politischer Ebene kommt einer nachhaltigen Verkehrs und Raumpolitik, aber auch der Umwelterziehung und -bildung eine wichtige Rolle zu. Dies könnte bei den privaten Haushalten den Wandel zu klimaverträglicheren Lebens-, Mobilitäts- und Konsumstilen begünstigen. Insgesamt muss die Politik die Anreize so setzen, dass klimafreundliches Verhalten erleichtert und klimaschädigendes Handeln erschwert wird.

Kernenergie ist keine Lösung

Ob die aktuell wieder debattierte Kernenergie eine dauerhaft tragfähige Lösung des Klimaproblems darstellt, ist höchst zweifelhaft. Bezogen auf den gesamten Produktionsprozess ist Kernenergie keineswegs klimaunschädlich. Zudem sind auch die Uran-Vorräte begrenzt. Vor allem aber ist die Kernenergie mit schwerwiegenden Risiken und ungelösten Folgeproblemen verbunden, die aus Gründen intergenerationaler Gerechtigkeit nicht den nachrückenden Generationen aufgebürdet werden dürfen. Sie verstößt darüber hinaus gegen die Grundsätze der Vorsorge und Verhältnismäßigkeit.

Schutz vor den Folgen

Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Sinne einer Verringerung der Verletzbarkeit kann etwa bedeuten, Dämme gegen wiederholte Überschwemmungen zu errichten, landwirtschaftliche Bedingungen in Trockenzonen zu verbessern und eine vorsorgende Bauweise in sturm- und hitzeanfälligen Gebieten zu praktizieren. Es müssen aber auch Gesundheitsprogramme aufgelegt und Entwicklungsstrategien so verändert werden, dass die Fähigkeiten verbessert werden, unter sich verschlechternden Lebensbedingungen zu überleben und die eigene Existenz langfristig zu sichern. Daneben müssen auf nationaler und globaler Ebene ein Katastrophenmanagement sowie eine Not und Wiederaufbauhilfe organisiert werden, d.h. spezielles Personal ist auszubilden und mit entsprechender Ausrüstung auszustatten, in den nationalen Haushalten sind Budgets für Katastrophenhilfe auszubauen bzw. erst einmal einzurichten und Katastrophenpläne zu erstellen. Schließlich braucht es humanitäre Antworten auf das wachsende Problem der Umweltflüchtlinge.

Aktiver Einsatz der Verursacher

Der aktive Einsatz für die Gerechtigkeit in ihren drei Dimensionen ist gefordert, vor allem aber eine Lastenübernahme nach dem Verursacherprinzip. Die bisherige Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel ist unzureichend. Die Hauptverursacher, darunter Deutschland, müssen ihre Verpflichtung anerkennen, entstandene und noch eintretende Schäden zu kompensieren und ausreichende Gelder für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Entwicklungsorganisationen schätzen die benötigten Mittel auf 300 bis 500 Milliarden Euro pro Jahr. Die Finanzfonds für Transferleistungen an Entwicklungsländer im Rahmen der Klimakonvention sowie der „Adaptation Fund“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls bedürfen dringend der Aufstockung und Weiterentwicklung.

3. Wir handeln in unserem täglichen Leben und in unserer Verbandsarbeit, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Jeder und jede Einzelne im Verband

Als Kinder, Jugendliche und Erwachsene reflektieren wir unseren eigenen Lebensstil. Wir ziehen daraus Konsequenzen, die für den Klimaschutz einen Beitrag leisten.

Als Verband gemeinsam

Mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen suchen wir gemeinsam Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, setzen diese um und zeigen Folgen und Alternativen des gegenwärtigen Lebensstiles auf.

Bemerkung:

Zur Konkretisierung gestalten wir die Jahresaktion „Natürlich Pfadfinden! - Flinke Hände, flinke Füße für die Umwelt“ unter dem Schwerpunkt „Klimawandel“ (siehe Antrag 9 „Konkretisierung der Jahresaktion >>Natürlich Pfadfinden!<< im Jahr 2008“).

Quellen:

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP): „3. Bericht der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)“, Genf 2001.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Herausforderung Klimawandel“, Berlin 2003.

Deutsche Bischofskonferenz (DBK): „Der Klimawandel: Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels“, Bonn 2006.